

Venezuela nach den Parlamentswahlen

Zwischen interner politischer Polarisierung und regionalem Führungsanspruch

Claudia Zilla / Luise Pfitze

Aus den venezolanischen Parlamentswahlen vom 4. Dezember ging mit knapp 90 Prozent der abgegebenen Stimmen das Regierungsbündnis als Sieger hervor. Damit konsolidiert sich zum einen die institutionelle Kontrolle der *Chavistas* in Venezuela; zum anderen bleibt jedoch ihre Legitimation aufgrund der extrem hohen Wahlenthaltung von 75 Prozent und der Nicht-Beteiligung der Opposition an den Wahlen zweifelhaft. In dem Maße, in dem Hugo Chávez' Wiederwahl im Dezember 2006 wahrscheinlicher wird, öffnet sich für den regionalen Führungsanspruch Venezuelas, der auf dem Erdölgeschäft und den Integrationsprojekten basiert, eine längerfristige Perspektive. Diese nationalen und regionalen Entwicklungen erfordern ein Überdenken der deutschen und europäischen – zur Zeit kaum vorhandenen – Beziehungen mit dem südamerikanischen Ölland. Es bedarf eines neuen Ansatzes der Venezuela-Politik, der den zentrifugalen Tendenzen im Land, der Reorganisation der Integrationssysteme und der Führungsrolle Venezuelas auf dem Subkontinent Rechnung trägt.

Vor dem Hintergrund einer großen politischen Polarisierung und einer Wahlenthaltung von rund 75 Prozent der 14,4 Millionen Wahlberechtigten gewann das Pro-Chávez-Wahlbündnis »*Bloque de Cambio*« (Block des Wechsels) die Wahlen zur Nationalversammlung mit 75 Prozent der Stimmen. Damit konnte sich Präsident Hugo Chávez zum 9. Mal in Folge in Wahlen auf nationaler Ebene durchsetzen. Nach dem vorläufigen Ergebnis errang die MVR (*Movimiento V. República*) von Chávez 114 der insgesamt 167 Mandate; die übrigen 53 gingen an kleinere Parteien, die ebenfalls die Regierung unterstützen. Zwar hat Chávez dadurch faktisch die absolute Kon-

trolle über das Einkammerparlament erlangt, seine Legitimation bleibt jedoch umstritten: Fünf Tage vor den Wahlen zogen die Hauptoppositionsparteien ihre Kandidaturen mit der Begründung zurück, die notwendigen Bedingungen für die Abhaltung fairer und transparenter Wahlen seien nicht gegeben. Mit ihrem Rückzug machten sie den politischen Wettbewerb bei den Wahlen zur Fiktion. Das Resultat war eine sehr niedrige Wahlbeteiligung.

Umfragedaten hatten bereits einige Monate vor dem Wahltag darauf schließen lassen, daß die *Chavistas* mehr als zwei Drittel der Stimmen erringen könnten und die Opposition lediglich etwa 30 Mandate ge-

winnen würde. In Anbetracht dieser Prognosen bezeichneten Regierungsangehörige den Rückzug der Gegenseite als »politische Euthanasie«. In anderen Äußerungen von Chávez-Anhängern wurde der Entschluß der Opposition als »Wahlstreik« und »Wahlputsch« interpretiert, mitunter auch als ein »US-amerikanischer Komplott« zur Destabilisierung des Landes.

Die Oppositionsparteien ihrerseits wiesen diese Vorwürfe zurück und negierten jeglichen ausländischen Einfluß auf ihre Entscheidung. Sie erklärten die Parlamentswahlen zum Plebiszit, bei dem nicht nur die Gegenstimmen, sondern vor allem die Wahlenthaltung zählten. Oppositionelle zivilgesellschaftliche Gruppen wie »*Súmate*« (»Schließ Dich an«) riefen zu Versammlungen in Kirchen auf, um in Frieden zu beten und auf diese Weise der Ablehnung der Wahlen Nachdruck zu verleihen.

Nach offiziellen Angaben der *Consejo Nacional Electoral* (CNE), der venezolanischen Wahlbehörde, teilten 556 von 5516 registrierten Kandidaten – also rund 10 Prozent – ordnungsgemäß ihren Rückzug mit. Von 355 landesweiten Listen der Opposition wurden 18 zurückgezogen. Dies ist nur ein kleiner Teil, doch handelt es sich hierbei um die wichtigsten Oppositionskräfte: die sozialdemokratische AD (*Acción Democrática*), die christlich-soziale COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*), PJ (*Primero Justicia*) und PRVZL (*Proyecto Venezuela*). Mit ihrem Rückzug verschloß sich vielen Wählern die Möglichkeit, gegen die Politik Chávez' zu votieren.

Ihren Verzicht, sich zur Wahl zu stellen, verbanden die Oppositionsparteien mit der Ankündigung, von nun an »volksnah« außerparlamentarisch wirken zu wollen. Die dadurch zu erwartende Aushöhlung der politischen Repräsentation und Verlagerung des politischen Willensbildungsprozesses auf die »Straße« werden die politische Polarisierung in der venezolanischen Gesellschaft weiter verstärken.

Innerhalb der Staatorgane konsolidiert sich die Vorherrschaft der *Chavistas*. Die absolute Kontrolle im Parlament, über die sie

nun verfügen, ebnet Chávez den Weg zu Verfassungsreformen: Ganz oben auf der Liste der beabsichtigten Verfassungsänderungen steht die Einführung der uneingeschränkten Wiederwahl des Präsidenten.

Chávez projiziert seine solide Machtstellung über die nationalen Grenzen hinaus auf den südamerikanischen Kontinent. Die offensive Öldiplomatie des venezolanischen Präsidenten hat ein Netz von Verträgen und Infrastrukturprojekten mit den Ländern der Region entstehen lassen, dessen Fäden in Caracas zusammenlaufen.

Somit stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die innere politische Polarisierung und der Abbau der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle der Gewalten (*horizontal accountability*) auf den regionalen Führungsanspruch des Andenstaates haben werden. Die Aussichten Venezuelas, die angestrebte Führungsrolle in der Region zu übernehmen, speisen sich nicht nur aus seinen Ölquellen, sie hängen auch von der innenpolitischen Lage und der internationalen Akzeptanz des Landes ab. *Worst-case*-Szenarien, wonach eine Eskalation des innervenezolanischen Konflikts nicht ausgeschlossen werden kann, würden die kontinentale Gemeinschaft auf den Prüfstand stellen. Auf eine solche Entwicklung sollten nicht nur die Staaten der Region gefaßt sein, sondern auch Deutschland und Europa, deren veraltete Konzepte für Venezuela der Realität nicht mehr entsprechen.

Politische Polarisierung

Die Parlamentswahlen

Die Klagen der Chávez-Gegner über Wahlbetrug sind genauso alt wie die Wahlerfolge der *Chavistas*. Diesmal allerdings konnte eine von der Opposition beauftragte Technikerkommission nachweisen, daß das elektronische Wahlverfahren, das für die Durchführung der Parlamentswahlen am 4. Dezember vorgesehen war, manipuliert werden kann und die Anonymität der Wähler nicht gesichert ist. Den Wählern sollte der Zugang zum Wahllokal durch die

biometrische Identifizierung ihres Fingerabdrucks gewährt werden. An einer zweiten Maschine sollten sie ihre Stimme abgeben. Ein spezielles Computerprogramm sollte gewährleisten, daß die jeweiligen Daten entkoppelt würden, damit nicht aus der Reihenfolge der Fingerabdruckerkennung und der Stimmabgabe das Wahlverhalten der einzelnen Wähler zu bestimmen wäre. Die Experten der Opposition wandten aber ein, daß die Software durchaus dazu geeignet sei, eine solche Zuordnung von Wählern und Stimmen herzustellen. Der CNE akzeptierte letztendlich die Beschwerde und zog die Wahlmaschinen zurück.

Dieses Zugeständnis hielt die größten Oppositionsgruppen jedoch nicht davon ab, die Wahlbedingungen weiterhin für unfair und nicht transparent zu erklären und ihre Kandidatur zurückzuziehen. Ihre Kritik richtet sich unter anderem gegen die Zusammensetzung des CNE (der mehrheitlich aus Chávez-Anhängern besteht), gegen die in ihren Augen »unsauberer« Wahlregister und die Weigerung des CNE, ihnen das vollständige Wahlregister mit den Wähleradressen zur Verfügung zu stellen.

Der Rückzug der Oppositionskräfte war gleichbedeutend mit der Auflösung des Einheitsbündnisses (*Unidad*) gegen Chávez: Während einige politische Parteien sich relativ geschlossen aus den Wahlen zurückzogen, riefen andere (*Movimiento al Socialismo, Causa Radical, Nuevo Tiempo, Izquierda Democrática*) dazu auf, den Wahlkampf gegen die Regierung fortzuführen. In manchen kleineren Parteien kam es zu inneren Zerwürfnissen, weil die Führung auf Kandidaten Druck ausübte, dem Beschluß zum Wahlverzicht zu folgen. Einigen Abweichlern wurde sogar mit dem Ausschluß aus der Partei gedroht, sollten sie ihre Kandidatur nicht zurückziehen.

Wahlbeobachtung

Über 300 Experten der *Organization of the American States* (OAS) und der Europäischen Union (EU) haben sich an der Wahlbeobachtung beteiligt.

Die OAS-Delegation war in 22 der 24 venezolanischen Staaten präsent. Sie unterstützte vor dem CNE den Antrag der Oppositionsparteien, die für das elektronische Wahlverfahren vorgesehene Maschine zur biometrischen Identifizierung nicht einzusetzen. Auch die EU entsandte unter der Leitung des EP-Abgeordneten José Albino Silva Paneda eine Wahlbeobachtungsmission von 40 Langzeit- und 100 Kurzzeitbeobachtern.

In ihren vorläufigen Berichten bemängeln die Missionen der EU und der OAS unter anderem die Tatsache, daß viele Wähler Schwierigkeiten mit der Bedienung der elektronischen Wahlmaschinen gehabt hätten und auf fremde Hilfe angewiesen gewesen seien, wodurch das Wahlgeheimnis vielfach verletzt worden sei. Die Wahlbeobachtungsmission der EU konstatiert, daß sich der Wahlkampf seitens der Opposition fast ausschließlich auf das Mißtrauen gegenüber dem Wahlprozeß und dem CNE konzentriert und die Debatte um ein alternatives politisches Programm verdrängt habe. Obwohl die OAS-Mission das Recht auf Nichtteilnahme an den Wahlen akzeptiert, hält sie den Rückzug der Opposition für besorgniserregend, weil dadurch ein signifikanter Teil der Bevölkerung nicht im Parlament repräsentiert sei und die Demokratie potentiell geschwächt werde.

Regionaler Führungsanspruch

Die Öldiplomatie Chávez'

Venezuelas Ölreichtum ist eine wichtige Grundlage für Chávez' Außenpolitik. Der venezolanische Präsident setzt energiewirtschaftliche Abkommen gezielt dazu ein, um die Beziehungen zu anderen Ländern der Region zu intensivieren und seine Position in Südamerika zu stärken. Bereits im Oktober 2000 schloß Chávez den ersten Vertrag dieser Art mit dem kubanischen Staatschef Fidel Castro ab. Kuba werden darin großzügige Öllieferungen zu vergünstigten Konditionen zugesichert. Die im letzten Jahr von Chávez abgeschlossenen

Verträge reichen von multilateralen Rahmenabkommen über Öllieferungsverträge bis zu bilateralen Vereinbarungen im Energiebereich, wie zum Beispiel gemeinsame Raffinerie- und Erdölförderungsprojekte.

Kolumbien. Am 24. November 2005 gaben Hugo Chávez und sein kolumbianischer Amtskollege Álvaro Uribe bei einem Treffen in der venezolanischen Stadt Punto Fijo eine gemeinsame Erklärung zu Fragen im Energiesektor (*Declaración Presidencial de Punto Fijo sobre Asuntos Energéticos*) ab. Die Präsidenten knüpften an die früheren gemeinsamen Erklärungen von Toblazo (Juni 2004) und Puerto Ordaz (April 2003). In letzterer wurde bereits das Projekt einer kolumbianisch-venezolanischen Gaspipeline erwähnt, auf deren Baubeginn in der zweiten Jahreshälfte 2006 man sich nun verständigte. Zudem wurde bei dem Treffen in Punto Fijo der eventuelle Bau einer Ölpipeline zwischen Kolumbien und Venezuela erörtert. Chávez versicherte seinem Amtskollegen darüber hinaus seine Bereitschaft, die Petrocaribe-Initiative auf Kolumbien auszuweiten.

Argentinien. Während seines Staatsbesuchs am 21. November 2005 in Puerto Ordaz, verständigte sich der argentinische Staatspräsident Néstor Kirchner mit seinem venezolanischen Amtskollegen auf den Ausbau der Kooperation im Energiesektor. Zu diesem Zweck soll von den staatlichen Ölfirmen Venezuelas (PdVSA, *Petróleos de Venezuela S.A.*) und Argentiniens (Enarsa, *Energía Argentina S.A.*) ein gemeinsames Unternehmen in Argentinien gegründet werden. Über diese Energiefirma soll die Lieferung von jährlich bis zu fünf Millionen Barrel Dieselöl abgewickelt werden, die Venezuela Argentinien zusicherte. Darüber hinaus verständigte man sich auf die Zusammenarbeit bei der Ausbeutung von Erdölvorkommen, unter anderem in dem ressourcenreichen venezolanischen Orinoco-Becken. Das spektakulärste Unterfangen, zu dem später noch Bolivien und Brasilien eingeladen werden sollen, ist jedoch der Plan einer Gaspipeline zwischen Venezuela und Argentinien, die über Brasilien führen soll.

Im Sinne der angestrebten Intensivierung der bilateralen Beziehungen erklärte Venezuela zudem seine Absicht, Argentinien durch weitere Investitionen in argentinische Staatsanleihen unter die Arme zu greifen. Venezuela verfügt bereits über »*bonos argentinos*« im Umfang von rund 950 Millionen Dollar. Als »Gegenleistung« verpflichtete sich Kirchner darauf, den Prozeß zur Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied in den Mercosur tatkräftig zu unterstützen.

Brasilien. Auch mit Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und den jeweiligen juristischen Vertretern der staatlichen Ölfirmen PdVSA und Petrobras (*Petróleo Brasileiro S.A.*) schloß Chávez kurz vor Beginn des Gipfels der Südamerikanischen Staatengemeinschaft in Brasilia ein Abkommen ab, welches Investitionen in gemeinsame Raffinerie- und Förderungsprojekte (Öl und Gas) von PdVSA und Petrobras in Höhe von 3,5 Milliarden US-Dollar vorsieht. Geplant ist unter anderem eine Raffinerie im brasilianischen Staat Pernambuco, an der PdVSA und Petrobras jeweils 50 Prozent der Anteile halten sollen. Wie andere Kooperationen mit Argentinien, Brasilien und Uruguay, findet dieses Projekt im Rahmen des von Venezuela initiierten Petrosur-Konzepts statt, dessen Ziel es ist, die Zusammenarbeit der staatlichen Ölfirmen dieser vier Länder voranzutreiben und strategische Allianzen zu schließen.

Uruguay. Der idealistische Anspruch der Petrosur-Initiative zeigt sich besonders in der *Declaración de Montevideo sobre Petrosur*, die Chávez und sein uruguayischer Amtskollege Tabaré Vázquez am 2. März 2005 unterzeichneten. Diese Erklärung bildet den Rahmen für den Energiekooperationsvertrag, den Venezuela und Uruguay am selben Tag abschlossen und in dem die Zusammenarbeit zwischen beiden staatlichen Ölfirmen und die Umsetzung gemeinsamer Projekte im Energiebereich geregelt wird. In der Erklärung von Montevideo wird wieder einmal das Ziel der lateinamerikanischen Integration erwähnt, an deren Ende gerechtere, solidarische Gesellschaft

ten stehen sollen. Die Verwertung der Energieressourcen wird dabei als Motor im Kampf gegen die Armut bezeichnet.

Karibik. Das in bezug auf den Inhalt und die involvierten Länder umfangreichste Projekt ist das Petrocaribe-Abkommen, das Venezuela am 29. Juni dieses Jahres mit 13 karibischen Staaten abgeschlossen hat. Kernstück dieser Vereinbarung ist die Lieferung von venezolanischem Öl zu Vorzugskonditionen an die karibischen Unterzeichnerstaaten. Zwar müssen diese das Öl zu Marktpreisen kaufen, jedoch können sie dies zu einem großen Teil auf Kredit tun. Außerdem besagt das Abkommen, daß sich Venezuela das auf Kredit gekaufte Öl zum Teil in Gütern und Dienstleistungen bezahlen lassen kann. Um weitere Kosten für die Abnehmerländer zu sparen wurde eigens eine Filiale der staatlichen venezolanischen Ölfirma PdVSA für die Karibik (PdV Caribe) eingerichtet, die einen direkten Handel ermöglicht und Zwischenhändler ausschließt. Daß das Petrocaribe-Abkommen auch einen weit über den Ölhandel hinausgehenden Anspruch hat, zeigt sich in den ehrgeizigen Erklärungen, die den Vertragsartikeln voranstehen. Darin erheben die Staats- und Regierungschefs der Unterzeichnerstaaten nicht nur die Sicherung der Energieversorgung, sondern auch die sozioökonomische Entwicklung und Integration der karibischen Länder zum fundamentalen Ziel des Kontrakts. Daß es Chávez und die anderen Staats- und Regierungschefs ernst meinen mit diesen Erklärungen läßt sich daran erkennen, daß das Petrocaribe-Abkommen die Schaffung eines Fonds für Projekte ökonomischer und sozialer Entwicklung der karibischen Länder vorsieht, dessen Startkapital von 50 Millionen US-Dollar Venezuela zur Verfügung stellt.

Am 23. August 2005 wurde der erste bilaterale Vertrag im Rahmen von Petrocaribe zwischen Venezuela und Jamaika geschlossen. In dem Kommuniqué des zweiten Petrocaribe-Gipfels, der am 6. September dieses Jahres in Montego Bay auf Jamaika stattfand, wurde außerdem bestätigt, daß

neun weitere Länder mittlerweile Abkommen mit Venezuela unterzeichnet haben.

Integrationsprojekte

ALBA. Hinter dem spanischen Wort für Morgenröte verbirgt sich die Abkürzung für das von Chávez initiierte und ideologisch aufgeladene Integrationsprojekt ALBA (*Alternativa Bolivariana para las Américas*). Wie der Name schon andeutet, beruft sich ALBA auf die nie verwirklichte Idee einer (politischen) Einheit Lateinamerikas, für die der Befreier Simón Bolívar steht. Den Gründungsvertrag zu diesem Projekt unterzeichneten Chávez und Fidel Castro am 14. Dezember 2004 und stellten damit wieder einmal ihre enge Beziehung unter Beweis. ALBA versteht sich als Gegenmodell zu dem von den USA initiierten Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA (engl. FTAA), in dem Chávez ein extrem neoliberales Integrationsprojekt Washingtons sieht mit dem Ziel, den Einflußbereich und die wirtschaftlichen Interessen der USA in Lateinamerika auszuweiten bzw. durchzusetzen. Das ALBA-Projekt gründet sich nach Auskunft seiner Initiatoren auf die Prinzipien der Solidarität und der gleichberechtigten Integration. Zwar wird eine Kooperation mit möglichst vielen lateinamerikanischen Ländern angestrebt, nichtsdestotrotz ist Kuba bis jetzt das einzige Land, das sich dem venezolanischen ALBA-Projekt angeschlossen hat.

Mercosur. Auf dem XV. Iberoamerikanischen Gipfel vom 14./15. Oktober 2005 in Salamanca kündigte Venezuela seine Absicht an, bis zum Ende des Jahres Vollmitglied des Mercosur zu werden. Mit besonderem Nachdruck wurde diese Initiative auf dem IV. Amerika-Gipfel vom 4./5. November 2005 in Mar del Plata verfolgt, auf dem sich »die fünf Verbündeten« (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) gegen das von den USA favorisierte ALCA-Projekt stellten (siehe SWP-Aktuell 51/05).

Die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur wurde schließlich auf dem XXIX. Präsi-

dentengipfel des Blocks am 8./9. dieses Monats in Montevideo »offiziell vollzogen«. Auch wenn der Präsident Argentiniens, der im Dezember turnusgemäß die Präsidentschaft des Mercosur übernimmt, sich zur Förderung einer raschen Integration des Öllandes verpflichtet hat, wird es sich dabei eher – ganz im Sinne Brasiliens und Uruguays – um einen graduellen Prozeß handeln. Venezuela wird in einer Anfangsphase an den technischen Treffen und internationalen Verhandlungen teilnehmen dürfen, jedoch ohne Vetorecht, solange es sich dem gemeinsamen Außenzolltarif nicht angeschlossen hat. Im Verlaufe dieses Zwischenstadiums wird Venezuela ein Assoziiertes Mitglied im Beitrittsprozeß sein.

Angesichts dessen, daß Bolivien (1997) und Peru (2003) assoziierte Mitglieder des Mercosur geworden sind, Kolumbien sich stark an den USA orientiert und die peruanische Regierung mit der Großmacht des Nordens am 7. Dezember dieses Jahres ein Freihandelsabkommen unterzeichnete, bedeutet der Mercosur-Beitritt Venezuelas die faktische Auflösung der Andengemeinschaft.

Reaktionen auf dem Kontinent

Sowohl die zahlreichen Ölverträge als auch die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur bezeugen eine Bereitschaft in großen Teilen der Region, sich auf die Zusammenarbeit mit Caracas einzulassen. Venezuela erleidet derzeit keinerlei Isolierung auf dem Kontinent. Selbst die Handelsbeziehungen zu den zum Erzfeind erklärten USA, die derzeit knapp 12 Prozent ihres importierten Öls von Venezuela beziehen, blieben unangetastet. Zwar wird Venezuela von der US-Regierung als destabilisierender Faktor in der Region eingestuft, zu konkreten Maßnahmen hat dies jedoch bisher noch nicht geführt.

Auf Distanz zu Caracas geht in Südamerika einzig Chile. Kolumbien erklärte seine diplomatischen Konflikte mit Venezuela Ende November für überwunden. Trotz der ideologischen Distanz, die zwischen Álvaro

Uribe, dem ersten USA-Verbündeten in der Region, und Chávez liegt, schreiten die gemeinsamen Infrastrukturprojekte wie gesehen voran.

Nördlich des Äquators sind es neben den USA die Beziehungen zu Mexiko, die sich im Gefolge des ALCA-Konflikts auf dem IV. Amerika-Gipfel in Mar del Plata besonders gespannt gestalten. Bei dieser Konferenz wurde auch die Annäherung zwischen den Mercosur-Staaten und Venezuela durch ihre Blockbildung als ALCA-Gegner deutlich. Die Mercosur-Staaten gingen jüngst sogar so weit, die Parlamentswahlen in Venezuela in einer offiziellen gemeinsamen Mitteilung am 9. Dezember als Beitrag zur Entwicklung und Stärkung des demokratischen Systems des Landes zu würdigen. Sie nahmen damit eine eigene, unkritische und von der OAS abweichende Bewertung der Wahlen vor.

In der Region zeigt sich neben der Regierung Kubas vor allem der argentinische Präsident Néstor Kirchner Chávez-freundlich. Er hat nicht nur dem Führer der »bolivarischen Revolution« im Rahmen des Amerika-Gipfels in Mar del Plata eine öffentliche Bühne gewährt, sondern sich auch für die rasche Aufnahme Venezuelas in den Mercosur engagiert.

Brasilien versucht, mittels eines Balanceakts zwischen Nähe und Distanz zu Venezuela die von ihm selbst beanspruchte und ihm auch von den USA zugeordnete Rolle als stabilisierende Kraft in der Region wahrzunehmen, was sich auf Grund der innenpolitischen Konflikte als immer schwieriger erweist.

Zwischen nationaler Machtkonzentration und regionaler Akzeptanz

In Venezuela wird sich im Januar eine Nationalversammlung konstituieren, die einen einzigen politischen Sektor repräsentiert. Auch wenn Venezuela nach wie vor als föderaler Staat organisiert ist, so ist doch die Möglichkeit heterogener Mehrheiten in einem Zweikammersystem nicht mehr gegeben, seitdem der Senat 1999 ab-

geschafft wurde. Außerdem regiert in 20 der insgesamt 24 venezolanischen Bundesstaaten eine *Chavista*-Mehrheit. Auf lokaler Ebene errang in diesem Jahr ein Chávez-freundliches Wahlbündnis bei den *Elecciones Municipales y Parroquiales* ebenfalls 83 Prozent der Mandate. Auch die Vertreter der Judikative sind inzwischen längst regierungsnah. Der CNE ist aus demselben Grund diskreditiert. Die staatlichen Medien dienen vor allem der Vermittlung der Regierungspropaganda. Schließlich wird auch das Militär von Chávez in die Regierungsaufgaben stark miteinbezogen: Es sorgt nicht nur für einen friedlichen Ablauf der Wahlen (am 4. Dezember waren 120 000 Militärs im Einsatz), Angehörige der Streitkräfte besetzen auch zahlreiche Regierungs- und Verwaltungsposten. Der Aufbau einer Volksmiliz, die zur Zeit 200 000 Mitglieder zählt, trägt zur weiteren Militarisierung der Gesellschaft bei. Den Soldaten wurde unter Chávez das Wahlrecht gewährt; Beamte bekamen den Druck zu spüren, sich im Sinne der Regierung an Wahlen zu beteiligen.

In diesem institutionellen Kontext kann der Wille des Präsidenten sehr leicht zum geltenden Gesetz werden: In den privaten, meist Chávez-kritischen Medien versucht man sich bereits mit Neologismen wie »demokratischer Neoautoritarismus« und »legislativer Despotismus«, um die neuen politischen Gegebenheiten in Begriffe zu fassen.

Vor 16 Monaten hatte die Opposition erleben müssen, wie Chávez aus dem von ihr initiierten Abberufungsreferendum siegreich – und paradoxerweise verstärkt – hervorging. Vor dem Hintergrund der aus den Ereignissen von 2004 gezogenen Lehren und der ungünstigen Wahlaussichten kann der Rückzug der Oppositionsparteien von den Parlamentswahlen auch als eine Strategie zur Delegitimation der Wahlergebnisse interpretiert werden. Ungeachtet dessen, ob ihre kritische Diagnose der Wahlbedingungen zutrifft, sind die Oppositionskräfte für die Bildung des monochromatischen Parlaments mitverantwortlich.

Nach dem Urnengang scheint die Opposition über keine andere Strategie zu verfügen als die Wahlen anzufechten. Chávez kündigte nach Abgabe seiner Stimme noch im Wahllokal an, die Parteien, die sich zurückgezogen haben, gegebenenfalls zu verbieten. In den Strassen Venezuelas, dem einzigem öffentlichen Raum, der der Opposition zur Zeit noch zur Verfügung steht, lauert daher die Gefahr einer Eskalation.

Hugo Chávez braucht aber die Opposition – wenn nicht, um die Macht zu teilen, so doch, um die eigenen Reihen geschlossen zu halten. Er kann seine Gegner aber vor allem mit Blick auf die internationale Gemeinschaft nicht vollständig aus dem politischen System verdrängen. Bei aller Sympathie, die Chávez für Fidel Castro hegt, ist der Führungsanspruch Venezuelas mit einer Isolierung des Landes »*a la cubana*« nicht kompatibel. Das venezolanische Öl mag manche Wogen glätten, eine offene Autokratie jedoch würde die Toleranz in der Region und die Geduld der USA überstrapazieren. Und ein Gewaltausbruch zwischen den Fronten würde die Handlungsfähigkeit der OAS auf den Prüfstand stellen.

Herausforderungen für Deutschland und die EU

Venezuela steht nicht im Fokus der deutschen und europäischen Außenpolitik. Weder gibt es eine eigenständige deutsche noch eine gemeinsame europäische Position gegenüber Caracas.

So war es der spanischen Regierung unter José Zapatero im Dezember möglich, mit dem Ölstaat einen Vertrag in Höhe von 1,7 Milliarden Euro für die Lieferung militärischer Flugzeuge und Schiffe abzuschließen. Allerdings bekam Madrid als Reaktion auf dieses Abkommen die Irritation der USA zu spüren, die eine Gefährdung des sicherheitspolitischen Gleichgewichts in Lateinamerika fürchten.

Die Handelsbeziehungen zwischen Europa bzw. Deutschland und Venezuela sind schwach entwickelt. Unter den Staaten, die Waren nach Venezuela exportieren, nimmt

Deutschland zwar den 5. Platz ein, jedoch mit großem Abstand hinter den USA und anderen lateinamerikanischen Staaten. Umgekehrt rangiert Deutschland nicht auf einem vorderen Platz unter den Empfängerländern venezolanischer Waren. Das gleiche gilt für die EU.

Auch im Energiebereich gibt es keinen bedeutenden Austausch. Deutschland importiert lediglich 0,7 Prozent seines Öls aus Venezuela, die EU insgesamt 7 Prozent.

Die technische Zusammenarbeit Deutschlands mit Venezuela ist Ende 2004 ausgelaufen. Die begonnenen Projekte werden zwar zu Ende geführt, neue Projekte in diesem Bereich sind jedoch nicht vorgesehen. Auf Grund seines hohen BIP qualifiziert sich der Ölstaat nicht als Partnerland deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Die EU unterstützt lediglich Projekte im Bereich des Katastrophenschutzes und der Fischerei.

Die marginale Rolle Venezuelas im Rahmen deutscher und europäischer Lateinamerikapolitik steht in keinem Verhältnis zu der wachsenden Bedeutung des Öllandes auf dem Kontinent. Sowohl angesichts der »Umarmungspolitik«, die die Chávez-Regierung gegenüber lateinamerikanischen Staaten betreibt, als auch im Hinblick auf die wachsende Konfrontation zwischen Caracas und Washington führt kein Weg an einer politischen Auseinandersetzung mit Chávez vorbei: Venezuela entwickelt sich mehr und mehr zum Mittelpunkt strategischer Politik auf dem Kontinent und qualifiziert sich hierdurch als wichtiger Adressat deutscher und europäischer Lateinamerikapolitik.

Derzeit strukturiert die EU ihre Beziehungen zu Venezuela auf der Basis der regionalen Beziehungen zur Andengemeinschaft. Angesichts der Neuausrichtung dieser Ländergruppe (Orientierung an den USA, Mercosur-Beitritt) wird es indes immer dringlicher, den veralteten subregionalen Ansatz durch eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen – in erster Linie zu Venezuela – zu ersetzen.

Die Möglichkeiten der EU und Deutschlands, auf Caracas – sei es mittels Konditionalität oder eines aktiven Beitrags zur Konfliktlösung – Einfluß zu nehmen, beruhen auf ihrer im Gegensatz zu den USA anerkannten Rolle als politisch neutrale Akteure. Sie hängen aber auch von Grad und Struktur der Beziehungen zu Venezuela ab. Daher sollte durch den Aufbau des bilateralen politischen Dialogs die nötige Kommunikationsgrundlage geschaffen werden. Nur unter dieser Voraussetzung werden Deutschland und die EU sich in Venezuela effektiv engagieren können. Spätestens dann, wenn das schlimmste Szenario einer verstärkten autokratischen Entwicklung bzw. einer Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze in Venezuela eintritt, wird die Europäische Union eine klare Position beziehen müssen und sich nicht mehr auf die Entsendung von Wahlbeobachtungsmissionen beschränken können.

Der nächste EU-Lateinamerika/Karibik-Gipfel, der am 12. Mai 2006 in Wien stattfinden wird, könnte den Anlaß bieten, um die europäische Venezuela-Politik auf ein neues Fundament zu stellen. Bis dahin sollte Europa eine einheitliche Position gegenüber Caracas beziehen, mit der es die Verhandlungen eines Assoziationsabkommens mit dem Mercosur wiederaufzunehmen gilt. Auf der einen Seite wirkt der Mercosur-Beitritt Venezuelas der von der EU geforderten Vertiefung des südamerikanischen Integrationssystems entgegen; auf der anderen Seite ergibt sich jedoch aus den Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur und aus der Sonderstellung Brasiliens innerhalb dieser Gemeinschaft eine Konstellation, die im Umgang mit Venezuela genutzt werden sollte.

Wenn ihre Politik gegenüber Lateinamerika und Venezuela effektiv sein soll, dürfen Deutschland und Europa den regionalen Führungsanspruch und die innenpolitischen Entwicklungen des Ölstaats nicht weiter verkennen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364